

eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die FDP-Fraktion hat am 13. März fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Schneechaos auf Kölner Straßen“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln werden. Ich gehe davon aus, dass alle damit einverstanden sind.

(Ralph Sterck [FDP]: Der Titel der Aktuellen Stunde ist aber länger!)

- Ich sage das nur, um das zügig voranzutreiben. Sie können ja gleich noch etwas dazu sagen. Das ist auch nicht Schnee von gestern.

Ich gehe ebenfalls davon aus, dass alle damit einverstanden sind, dass der Geschäftsführer der AWB Herr Mooren hier heute anwesend ist für den Fall, dass es Fragen an ihn geben sollte.

Jetzt kommen wir zu den Zu- bzw. Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.3, 4.4, 4.5, 6.3.1, 6.4.1, 17.4, 17.5, 17.6 und 18.1.

Abgesetzt werden vonseiten der Verwaltung die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.8, 10.11 und 10.16.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich komme dann zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

Dann kommen wir zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den Tagesordnungspunkt 6.3.1 gemeinsam mit den Punkten 16.1 und 16.2, und zwar unter Tagesordnungspunkt 6.3.1, zu behandeln und dann jeweils getrennt abstimmen. Wir ziehen die Punkte also nach vorn.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Zur Tagesordnung selbst, ja. Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte beantragen, dass der Antrag unter TOP 3.1.3 unmittelbar verwiesen wird in den Ausschuss Anregungen und Beschwerden. Dort liegt ein wortgleicher Antrag der Initiatorengruppe vor. Wir sind der Meinung, dass er erst einmal dort behandelt werden muss, bevor er den Rat erreicht.

Zum Zweiten möchte ich beantragen, unter 10.0 eine Aussprache zu den Grundsätzen für die Werbung im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit dem Werbenutzungsvertrag aufzunehmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gegenrede von Herrn Ludwig?

Claus Ludwig (Die Linke.): Ja, nämlich zu dem Antrag von Herrn Frank, den Antrag zur Vermögensteuer in den Beschwerdeausschuss zu verweisen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir müssen uns hier an Regeln halten!)

Dieser Antrag ist ja vom DGB in den Beschwerdeausschuss eingebracht worden in der Hoffnung, dass er noch während bzw. vor den Haushaltsberatungen diskutiert wird, weil das inhaltlich dazugehört. Die Verwaltung hat darauf nicht reagiert. Ergebnis ist: Er wurde nicht behandelt. Deswegen haben wir ihn heute in den Rat eingebracht. Wenn er jetzt wieder zurückgeht in den Beschwerdeausschuss, können wir dazu nur sagen: Ein politischer Antrag, eine politische Debatte ist kein geschlossener Wertstoffkreislauf nach dem Motto: „Rein in den Beschwerdeausschuss, dann in den Rat, dann wieder zurück und darüber entsorgt“. So geht es nicht. Dieses politische Gremium muss sich der Debatte stellen. Die Sache ist durchaus wichtig für die Haushaltsberatungen.

Es geht um die finanzielle Ausstattung der Kommune. Frau Kämmerin hat gestern selber noch einmal darauf hingewiesen, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen nicht aus eigenen Bordmitteln gelöst werden kann. Es muss Maßnahmen von Bund und Land geben. Das ist schon einer Debatte wert. Deswegen sind wir eindeutig dagegen, dass das auf diese Weise - wie gesagt: abfallartig - entsorgt werden soll.

Wir hatten es so verstanden, dass die SPD durchaus Interesse gehabt hätte, diesen Antrag mit einzubringen. Die Grünen sind auf die Bremse getreten. Nichtsdestotrotz schlagen wir vor, heute eine Debatte zu diesem Antrag zu führen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann können wir direkt darüber

ein Transparent und singen „Wehrt euch, leistet Widerstand“ - Beifall bei der Linken)

Ich darf Sie auf der Tribüne bitten, das Singen einzustellen. - Ich darf Sie noch einmal bitten, das Singen zu beenden.

(Die etwa 8 bis 10 Protestierenden auf der Besuchertribüne verlassen den Saal)

Wir kommen nun zur Erörterung weiterer Tagesordnungspunkte.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften

2.1 Trimm-Dich-Pfad am Decksteiner Weiher hier: Annahme einer Schenkung durch die Kölner Grün Stiftung in Höhe von 57.000 € 4262/2012

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei der Grün Stiftung für diese Schenkung.

(Beifall bei der CDU)

2.2 Schenkungen zur Ergänzung des Ratssilbers 0661/2013

Das Ratssilber ist inzwischen fast vollständig. Es sind Schenkungen weiterer Spenden eingegangen. Ich darf die Herren namentlich nennen: Beumer, Brüggemann, Dohle, Günther, Haumann, Sterck und van Megen. Auch bei Ihnen bedanke ich mich ganz herzlich.

Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Gegenstimmen? -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Einzelne Gegenstimmen bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Schenkung angenommen. Ich bedanke mich bei den genannten Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Migration aus

den EU-Mitgliedstaaten Südosteuropas - Resolution an die Bundesregierung" AN/0380/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) AN/0378/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann möchte ich Herrn Paetzold bitten.

(Unruhe)

Ulrich Breite (FDP): Also, Herr Oberbürgermeister, ich möchte Sie doch bitten, dass Sie die Originalfassung hier vorlesen.

(Reinhard Houben [FDP]: So haben wir die Tagesordnung beschlossen!)

Es gibt hierzu noch eine Drucksache, nämlich AN/0338/2013. Sie ist in der Tagesordnung aufgeführt, und darin wird auch die FDP-Fraktion genannt. Diese Drucksachenummer steht bei Punkt 3.1.1 an erster Stelle der Tagesordnung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch eine Nachfrage, Herr Frank?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt eine neue Resolution!)

- Also: Es gibt einen neuen Resolutionsantrag, der von drei Fraktionen eingebracht worden ist, nämlich von den Fraktionen, die ich gerade genannt habe. Außerdem gibt es einen Ergänzungsantrag von der Fraktion Die Linke. und Herrn Zimmermann sowie den ursprünglichen Antrag, der jetzt - so verstehe ich das - nur noch alleine von der FDP getragen wird.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, gegen das, was Sie hier machen, muss ich protestieren. Wir haben gerade die Tagesordnung beschlossen, und in der Tagesordnung ist unter 3.1.1 die Drucksache AN/0338/2013 aufgeführt. Darin wird die Verabschiedung einer Resolution beantragt, aber nicht von der FDP-Fraktion alleine, sondern diesen Antrag haben vier Ratsfraktionen gestellt. Das ist das, was wir mit der Tagesordnung beschlossen haben. Wenn es jetzt einen Änderungsantrag dazu gibt, kann man den

selbstverständlich stellen; das ist kein Thema. Aber ich möchte das hier schon richtig zu Protokoll haben.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters:
Okay. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Es gab innerhalb der Antragsfrist einen Antrag der vier Fraktionen. Inzwischen haben aber drei Fraktionen erklärt, von diesem Antrag zurückzutreten und eine geänderte Fassung einzubringen, die auch der FDP bekannt war. Die FDP möchte aber diese geänderte Fassung nicht unterstützen, was ihr gutes Recht ist. Insofern würde der Ursprungsantrag, wenn er aufrechterhalten würde, nur noch vom Antragsteller FDP unterstützt, von den anderen nicht mehr; das ist ja ganz klar. Die Neufassung wird von den anderen drei Antragstellern eingebracht. Insofern ist dieser Antrag Gegenstand der Befassung. Sofern die FDP den Ursprungsantrag für sich allein aufrechterhalten möchte, kann sie das tun - das ist ihre eigene Entscheidung -, die anderen drei Fraktionen sind dann aber nicht mehr mit beteiligt.

(Reinhard Houben [FDP]: Als Änderungsantrag vielleicht!)

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, dann wäre dieser Antrag verfristet. Wir müssen uns bitte an unsere Geschäftsordnung halten.

(Beifall bei der FDP)

Auf der Tagesordnung steht ein von vier Fraktionen fristgerecht eingebrachter Antrag mit der Drucksachenummer AN/0338/2013. Das haben wir beschlossen. Selbstverständlich hat jede Fraktion - das gilt auch für die drei anderen Fraktionen - das Recht, einen Ersetzungs- oder einen Änderungsantrag zu stellen. Aber das hier muss erst einmal so stehen bleiben.

(Reinhard Houben [FDP]: So haben wir es auch beschlossen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters:
Okay. - Dann ist ja im Grunde eine Formalie.

(Widerspruch bei der FDP)

Wenn in einem Antrag, der zunächst von vier Fraktionen eingebracht worden ist, nachträglich von drei Fraktionen gewisse Änderungen vorgenommen worden sind, dann ist es meines Erachtens möglich, dass wir den Antrag der drei Fraktionen als den gestellten Antrag ansehen.

(Widerspruch bei der FDP)

Okay. - Dann sehen wir in Absprache mit den drei Fraktionen - ich schaue in deren Richtung - diesen Antrag als Änderungsantrag an. Dann bleibt es bei dem Vierer-Antrag, der aber von drei Fraktionen nicht mehr mitgetragen wird, sondern allein von der FDP; das wird man dann sehen. Es bleibt also zunächst bei diesem 4er-Antrag, und der Antrag der drei anderen Fraktionen wird als Änderungsantrag angesehen. Damit ist das geklärt.

Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Migration aus den EU-Mitgliedstaaten Südosteuropas - Resolution an die Bundesregierung"
AN/0338/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0378/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Migration aus den EU-Mitgliedstaaten Südosteuropas - Resolution an die Bundesregierung"
AN/0380/2013

Wir kommen dann zu Herrn Paetzold.

(Zurufe: Nein!)

Ulrich Breite (FDP): Ich glaube, dann müsste jetzt Frau Hoyer zu dem Antrag reden, den wir auf der Tagesordnung haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann mag sie reden, gerne; ist in Ordnung - Frau Hoyer.

(Beifall bei Ralph Sterck [FDP])

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Ich finde es ja schön, dass Sie mich reden lassen wollen, Herr Oberbürgermeister. Ich nehme das sehr gerne wahr. Gestatten Sie mir, dass ich, bevor ich zu inhaltlichen Aspekten komme, ein paar Anmerkungen zum Verfahren mache. Sie haben jetzt schon gemerkt, dass es vonseiten meiner Fraktion sehr großen Unmut gegeben hat. Um der Legendenbildung vorzubeugen, erscheint es mir recht wichtig zu sein, dazu noch ein paar Anmerkungen zu machen.

Bis heute Mittag gab es eine gemeinsame Resolution von SPD, Grünen, CDU und FDP sowie einen Änderungsantrag. Diese gemeinsame Resolution stammte - auch das muss man hier ganz deutlich sagen - aus Federn von SPD und Grünen.

(Beifall bei der FDP)

Da ich die Kollegen von SPD und Grünen als sehr sorgfältig und sehr bedacht agierende Kollegen kennengelernt habe, gehe ich davon aus, dass sie sich gute Gedanken gemacht haben, als sie diesen Resolutionsentwurf formuliert haben, und das nicht mal eben so ein Schuss aus der Hüfte gewesen ist.

(Beifall bei der FDP - Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Ich möchte auch an eine Pressemitteilung des Kollegen Helling erinnern, die kurz nach dem Einbringen der Resolution auf der Seite der Grünen zu finden war, in der er sich sehr lobend über diese gemeinsame Aktion aller vier bürgerlichen Parteien geäußert hat. Herr Helling, da kann ich mich anschließen.

(Beifall bei der FDP)

Dann aber kam es zu öffentlicher Kritik vonseiten des Flüchtlingsrates und von Rom e.V., die CDU, SPD, Grüne und FDP Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unterstellt haben. Dieser Vorwurf gründete sich hauptsächlich auf die Formulierung in der Resolution: „diese Migration deutlich reduzieren und die soziale Balance in den Städten erhalten“. Herr Börschel hat daraufhin laut einer Zeitungsmeldung gesagt, da gebe es wohl Missverständnisse und diese Missverständnisse müssten ausgeräumt werden.

Ich möchte Ihnen sagen, wie Sie diese Missverständnisse mit diesem neuen Änderungsantrag beseitigen wollen. Die Formulierung, die Sie jetzt wählen, lautet nicht

mehr: „Migration deutlich reduzieren“, sondern: „Migration ... vermindern“, und statt der Formulierung: „soziale Balance in den Städten erhalten“, sagen Sie nun: „Sicherung der sozialen Balance“.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde, damit haben Sie die angeblichen Missverständnisse nicht ausgeräumt. Die FDP bleibt bei der ursprünglichen Formulierung. Sie ist deutlicher, und sie ist ehrlicher.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt: Wer die Augen vor der Realität verschließt und Probleme der Zuwanderung nicht offen anspricht, der nutzt der Integration von Menschen aus Bulgarien und Rumänien nicht; ganz im Gegenteil, er schadet ihr.

(Beifall bei der FDP)

Wie sieht denn die Realität aus? In der letzten Sitzung des Runden Tisches für Wohnungslose berichtete die Leiterin der Bahnhofsmision, dass ein Sechstel der Besucher aus Bulgarien und Rumänien stammen. Auch die Malteser Migranten Medizin sowie die Wohnungsloseneinrichtungen haben einen enormen Anstieg zu verzeichnen. Das stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen vor enorme und oftmals ganz neue Herausforderungen; denn - wie der Deutsche Städtetag in seinem Positionspapier richtig feststellt; ich zitiere -:

Als problematisch anzusehen sind oft eine schlechte Bildungs- und Ausbildungssituation sowie fehlende oder mangelhafte Sprachkenntnisse. Auch die sozialisationsbedingten Erfahrungshorizonte erschweren eine Integration erheblich.

Ich bin den vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der erwähnten Einrichtungen dankbar, dass sie diese Herausforderungen täglich neu meistern.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, neben dieser sozialen Dimension darf aber auch die finanzielle Belastung für die Kommunen nicht verschwiegen werden. Stichworte sind Schaffung von Unterkünften, medizinische Versorgung, Unterstützungsangebote etc. Wir alle wissen, dass es falsch wäre, die Frage der Zuwanderung vorrangig unter finanziellen Gesichtspunkten zu

diskutieren, aber wir dürfen sie natürlich auch nicht außer Acht lassen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist wahrlich keine leichte Aufgabe angesichts unserer angespannten Haushaltslage. Deshalb ist es gut, dass die von der Zuwanderung besonders betroffenen Städte sich zu Wort gemeldet und Unterstützung eingefordert haben. Ebenso richtig ist es, dass auch Land und Bund in die Pflicht genommen werden, weil es nicht sein kann, dass die Kommunen mit den Problemen, die sich aus der Zuwanderung ergeben, alleingelassen werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle noch ein Wort zu einem Thema, das am Rande der Diskussion eine Rolle gespielt hat, nämlich zum Schengen-Abkommen. Wir hätten das gerne in die Resolution mit aufgenommen, haben es dann aber aufgrund unserer Kompromissbereitschaft - denn uns war es wichtig, dass diese Resolution von allen vier Fraktionen verabschiedet wird - wieder zurückgezogen. Die FDP-Fraktion unterstützt hier die Haltung der Bundesregierung; denn im Gegensatz zu SPD und Grünen sind wir nicht der Meinung, dass es ausreicht, wenn ein Land die Schengen-Kriterien im engeren, das heißt im rein technischen Sinne erfüllt. Was hilft es, dass an den Flughäfen die neuesten Computer stehen, wenn die Grenzbeamten, die diese Computer bedienen, weiterhin von Korruption und organisierter Kriminalität beeinflusst werden und daher keine sachlichen Entscheidungen treffen? Diese Defizite bestehen in Bulgarien und Rumänien weiterhin, wie es im Übrigen auch die Europäische Kommission regelmäßig bestätigt.

Meine Damen und Herren, wir müssen darauf achten, dass sich die Mitgliedstaaten auch in der Sache der europäischen Integration den europäischen Werten verschreiben. Das ist entscheidend und nicht die Reduzierung auf rein technische Kriterien. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir, wenn wir die Menschen für die europäische Integration begeistern wollen - das ist mir wahrlich ein Herzensanliegen -, sie vor allen Dingen dadurch gewinnen können, wenn wir auf die demokratischen Werte setzen: ein funktionierender Rechtsstaat, der Grundrechte achtet, ein Rechtsstaat, dessen Handel nicht davon abhängt, dass Geld in die Taschen einzelner Beamter fließt, und vor allen Dingen

ein Rechtsstaat, der Minderheiten schützt und ethnische Diskriminierung bekämpft.

Die Sinti und Roma in Südosteuropa haben darunter zu leiden, dass es dort noch nicht so funktioniert. Natürlich kommen sie deswegen nach Deutschland. Ich bin auch froh, dass sie deswegen kommen, weil hier Rechtsstaatlichkeit und Toleranz Maßgabe des politischen Handelns sind. Deswegen kommen sie nach Köln. Diese Weltoffenheit, diese Toleranz sind das Gegenteil von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, was uns Rom e. V. und Flüchtlingsrat vorwerfen. Das vermag verstehen, wer will. Die FDP-Fraktion hat dafür kein Verständnis.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Wir kommen dann zu Herrn Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Frau Hoyer, hätten Sie doch was gesagt. Ich hätte Sie doch auch so vor mir reden lassen; da hätte sich Herr Breite gar nicht so echauffieren müssen; das wäre überhaupt kein Problem gewesen. Das nächste Mal machen wir das auf dem kleinen Dienstweg.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Herr Breite, nun zu Ihnen. Um der Legendenbildung vorzubeugen: Dass wir, die drei Fraktionen, einen Änderungsantrag planen, war Ihnen seit letzter Woche Mittwoch bekannt. - Doch, das war Ihnen bekannt. Da können Sie den Kopf schütteln, so viel Sie wollen. - Wir haben diesen Antrag nicht fristgerecht gestellt, weil wir Sie bis zum letztmöglichen Zeitpunkt noch dazu bewegen wollten, unserem Antrag beizutreten. Das haben Sie nicht getan. Deshalb mussten wir ihn heute so stellen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt zur Sache. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig: Die Europäische Union, die Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2012, gehört ohne jede Frage zu den größten Errungenschaften der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts auf diesem Kontinent. Das, was die meisten EU-Bürger von dieser Errungenschaft, von diesem Kontinent des Friedens, wie es heißt, als Erstes bemerken

und was sie im Alltag am meisten betrifft, ist die Öffnung der Binnengrenzen. In meiner Jugend - ich gebe zu, das ist schon ein bisschen her - gehörten die Grenzen und die Grenzkontrollen, zum Beispiel auf der Reise in den Urlaub, noch zum ganz normalen Alltag. Meine jetzt auch schon erwachsenen Kinder kennen Schlagbäume und Grenzstationen fast nur noch aus Geschichtsbüchern.

Es geht aber nicht nur um Erleichterungen auf dem Weg in den Urlaub, sondern es geht um etwas viel Größeres, nämlich um die Freizügigkeit. Jeder EU-Bürger hat das Recht, seinen Aufenthaltsort innerhalb der EU frei zu wählen, und das ist gut so. Seit 2007 genießen auch Bürger aus Rumänien und Bulgarien dieses Recht, und auch das ist gut so.

Meine Damen und Herren, wir hier in Köln leben seit der Gründung unserer Stadt vor 2 000 Jahren durch Menschen, die aus dem heutigen Italien stammten, das Prinzip einer weltoffenen Stadt. Vielleicht ist Köln sogar der Prototyp einer europäischen Stadt. Über Jahrhunderte sind immer wieder Menschen aus allen Ländern des europäischen Kontinents in diese Stadt gekommen, um hier zu leben und, wie es die Bläck Fööss in einem Lied besingen, um hier ihr Glück zu suchen. Zu dieser 2 000 Jahre alten Tradition und zu einem Europa ohne Grenzen stehen wir Kölnerinnen und Kölner. Deshalb halten wir unsere Tore offen für die Menschen, die zu uns kommen wollen. Und da machen wir keinen Unterschied.

Genauso selbstverständlich ist es für uns, dass Menschen, die in unserer Stadt leben, mit dem Notwendigen versorgt werden müssen, wenn sie es nicht selbst erwerben können: das Dach über dem Kopf, Nahrung, medizinische Versorgung und Schulbildung für die Kinder, um nur die wichtigsten Dinge zu nennen. Zu dieser Verantwortung stehen wir Kölnerinnen und Kölner, aber wir können und wollen mit dieser Verantwortung nicht alleingelassen werden. Der Zuzug von Menschen, die aufgrund ihrer Armut auf die Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen sind, darf nicht allein in die Verantwortung der Großstädte gelegt werden, die naturgemäß für Migrantinnen und Migranten besonders attraktiv sind. Würde man dies tun - leider sieht es so aus, als wolle die Bundesregierung dies tun -, dann überfordert man diese Kommunen über Gebühr. Woher sollen denn diese Städte, woher soll denn Köln die Ressourcen nehmen, um die vielen Migrantinnen und Migranten mit dem zu versorgen, was sie brauchen?

Die Versorgung von zugezogenen Menschen, die zumindest zunächst für ihren Lebensunterhalt nicht selber sorgen können, ist eine Aufgabe, der sich die ganze Bundesrepublik, ja, der sich die gesamte Europäische Union stellen muss. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung, dass sie umgehend und durchaus zusammen mit den Entscheidungsträgern der EU dafür sorgt, dass Städte und Kommunen, die in größerer Zahl Migrantinnen und Migranten aufnehmen, die der Unterstützung bedürfen, auch mit den entsprechenden finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir noch einen zweiten Gedanken: Freizügigkeit innerhalb der EU bedeutet nicht nur, dahin gehen zu können, wohin man will, sondern auch da in Freiheit bleiben zu können, wo man seine Heimat hat, ohne dort der Diskriminierung ausgesetzt zu sein und durch systematische Benachteiligung in lebensunwürdige Armut gezwungen zu werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Menschen ihre Heimat aufgeben und in eine ungewisse Zukunft in ein Land ziehen, dessen Sprache sie nicht sprechen, wenn sie zu Hause die Chance auf ein selbstbestimmtes, freies Leben ohne Diskriminierung und ohne bittere Armut hätten.

Meine Damen und Herren, die Mitgliedschaft in der EU bedeutet für einen Staat nicht nur Rechte und Vorteile, sie bedeutet auch Pflichten. Die vornehmste dieser Pflichten ist es, dass ein Staat seinen Bürgern ein Leben in Freiheit und Gleichheit ermöglicht und Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft nicht diskriminiert. Der Wertekanon der Europäischen Union ist unveräußerlich, und er muss für alle Mitgliedstaaten gelten. Wir appellieren deshalb eindringlich an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union Maßnahmen ergreift und, wo nötig, auch Hilfen zur Verfügung stellt, damit auch in den neuen Beitrittsländern wirtschaftliche und vor allem humanitäre Rahmenbedingungen entstehen, die es Menschen ermöglichen, in ihrer angestammten Heimat ein menschenwürdiges Leben zu führen - ohne ethnische Diskriminierung, ohne Benachteiligung und unter auskömmlichen wirtschaftlichen Bedingungen.

Zum Schluss: Der Ihnen vorliegende ursprüngliche Antrag - Frau Hoyer hat eben dazu geredet - von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist in Teilen der Stadtgesellschaft - wohl nicht überall

unbewusst - missverstanden worden. Den Vorwurf, wir hätten mit diesem Antrag irgendeine Art der Restriktion oder auch der Ausgrenzung verfolgt, weise ich entschieden zurück. Gleichwohl haben SPD, CDU und Grüne in ihrem Änderungsantrag unser Anliegen noch einmal präzisiert. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Paetzold. - Wir kommen dann zu Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die vorgelegte Resolution in ihrer Ursprungsfassung und die, wie ich denke, eher als Präzisierung gedachte Neuformulierung befasst sich mit einem wichtigen Thema, das nicht nur die Stadt Köln, sondern auch die anderen Kommunen in der Bundesrepublik, insbesondere viele Städte, betrifft. Es ist gut und wichtig, dass die Resolution, die wir jetzt neu eingebracht haben, hier im Rat eine breite Mehrheit findet. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn wir hier gemeinsam vorgehen; denn das Thema ist zu ernst, um es ideologisch zu befrachten.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Als die Südosterweiterung der EU um Bulgarien und Rumänien beschlossen wurde, sollten damit sowohl der EU als auch den aufgenommenen Staaten neue Perspektiven eröffnet werden, von denen alle profitieren. Seither sind viele Bulgaren und Rumänen hierher gekommen. Zahlreiche von ihnen haben sich und ihre Familien gut integriert, anderen ist das nicht gelungen. Für viele sind die Lebensumstände, unter denen sie jetzt hier leben, alles andere als gut, und das, obwohl sie ihren Lebensunterhalt sogar selber sicherstellen. Sie leben oft in nichtakzeptablen Wohnverhältnissen und leiden - insbesondere leiden ihre Kinder - unter beengten und unhygienischen Bedingungen, noch dazu zu überteuerten Mieten. Mit diesem Thema haben wir uns in den Fachausschüssen schon beschäftigt.

Es wird erwartet, dass sich diese Situation ab Januar 2014 noch erheblich verschärfen wird, wenn die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Bulgarien und

Rumänien gelten wird. Wir müssen verhindern, dass sich zunehmend Armutsflüchtlinge hier aufhalten, deren Erwartungen an eine Verbesserung der sozialen Situation nicht erfüllt werden können und die dadurch in unseren Städten verelenden und noch dazu ihren Kindern die Zukunftsperspektiven verbauen. Zudem erwächst bei diesen Menschen in zunehmend verzweifelter Lage die Gefahr eines Abrutschens in die Kriminalität.

Wichtige Themen für sie und ihre Situation sind nicht nur das Finden einer auskömmlichen Arbeit, sondern vor allem die Verbesserung ihrer Chancen durch den Erwerb von Sprachkenntnissen, die Beschulung ihrer Kinder und die Absicherung ihrer Gesundheit. Ein zentrales Thema ist auch ihre Wohnsituation. Es muss verhindert werden, dass es zu einem Verdrängungswettbewerb zwischen den bereits hier wohnenden, finanzschwachen Bürgerinnen und Bürgern und den Zugewanderten kommt; denn dann wäre der soziale Frieden in Gefahr.

Die bevorstehenden Probleme, liebe Kolleginnen und Kollegen, können nicht allein vor Ort gelöst werden. Zentrale Forderung ist, vor allem die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern. Das können wir Kölner nicht leisten. Dabei handelt es sich um eine Gemeinschaftsaufgabe der EU, des Bundes und der Länder. Erste Schritte sind erfolgt, indem sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gebildet hat, die sich nach Forderung des Städtetages - Frau Hoyer hat schon darauf hingewiesen - insbesondere mit den Themen Krankenversicherung, Finanzierung der Kindergarten- und schulischen Versorgung, Sprachförderung, Beratungsangebote und Wohnungsversorgung und gegebenenfalls auch mit Rückkehrerhilfsprogrammen befassen soll.

Unsere heutige, hoffentlich breit getragene gemeinsame Resolution soll das Problem und den Handlungsbedarf deutlich machen. Sie richtet sich an die Bundesregierung, da nur sie, nicht aber eine einzelne Stadt Köln, auf die EU einwirken kann. Die Bundesregierung hat bereits verhindert, dass Rumänien und Bulgarien kurzfristig in den Schengen-Raum aufgenommen werden. Aber damit allein ist es nicht getan. Wichtige Handlungsfelder, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnen, habe ich eben schon angesprochen.

Lassen Sie mich noch Folgendes anmerken: Es wird auch eine wichtige Aufgabe der verantwortlichen Behörden vor Ort, auch hier in Köln, sein, das Freizügigkeitsrecht konsequent

anzuwenden, das eben nicht eine uneingeschränkte Freizügigkeit regelt, sondern deren Grenzen. Es gibt klare Regelungen für die Aufenthaltsdauer und die Aufenthaltsgründe. Nur wenn gegen Missbrauch dieser Freizügigkeitsregeln vorgegangen wird, haben diejenigen, die sich integrieren wollen, eine reale Chance dazu. Ihre Integrationschancen verbessern sich im gleichen Maße, wie deutlich wird, dass sie nicht nur zu uns gekommen sind, um Sozialleistungen zu erlangen, sondern weil sie im Rahmen der europäischen Freizügigkeit, die wir ja letztlich alle anstreben, gekommen sind, um hier zu leben und sich und ihre Kinder zu integrieren.

Abschließend möchte ich noch betonen, dass wir dem Text des Änderungsantrags der Linken und von Herrn Zimmermann nicht zustimmen können. Wir haben in unserer Resolution deutlich andere Akzente gesetzt und hoffen, dass die gemeinsame Resolution von CDU, SPD und Grünen nach Möglichkeit eine breite Mehrheit findet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Gärtner. - Wir kommen dann zu Herrn Helling.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir bedauern, dass die ursprünglich vorgelegte Resolution, die sogenannte Vierer-Resolution, nach ihrem Bekanntwerden in der Öffentlichkeit zu Missverständnissen geführt hat, zu Missverständnissen insbesondere über einen einzigen Satz, der da lautete: Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die diese Migration deutlich reduzieren.

Dieser Satz ist uns so ausgelegt worden, als seien wir für repressive, einschränkende, zuwanderungsabwehrende Maßnahmen. Das war von den Antragstellern so nicht beabsichtigt. Insofern haben wir eine Änderung in der Resolution vorgenommen, aber nicht so, wie Frau Hoyer hier sehr polemisch und falsch zitiert hat. Vielmehr haben wir diesen Satz - das ist die einzige Änderung in der Resolution - wie folgt ersetzt:

Der Rat appelliert daher eindringlich an die Bundesregierung, seitens der Europäischen Union Maßnahmen und Hilfen zu verstärken, um in den

Herkunftsländern humanitäre, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Lebenssituation vor Ort verbessern und ethnischer Diskriminierung entgegenwirken.

Aus dieser Formulierung geht jetzt ganz eindeutig hervor: Wir leugnen jeden repressiven Charakter und zielen eindeutig auf humanitäre und chancengleiche Politik in den Herkunftsländern ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt zu meinen Hauptaussagen kommen. Meinem Beitrag über die Zuwanderung aus Südosteuropa möchte ich zwei Bekenntnisse voranstellen; ich hoffe, dass diese Bekenntnisse von allen demokratischen Parteien im Kölner Rat mitgetragen werden: zum einen - das hat mein Vorredner von der SPD schon angedeutet - das Bekenntnis zu Europa als anzustrebendem gemeinsamen Wirtschafts- und Politikraum. Genauso wie Köln mit seinen europäischen Städtepartnerschaften keine Partnerschaften erster und zweiter Klasse unterhält, genauso sollte auch Europa nicht in ein Klassensystem, etwa von Nord- und Südländern oder Nord- und Süd- und Südostländern, unterteilt werden.

Zum anderen sollten wir uns zur Pflicht aller Deutschen bekennen, nämlich Lehren aus den Gräueltaten nationalsozialistischer Terrorherrschaft zu ziehen. Völlig zu Recht haben wir in Berlin ein denkwürdiges Holocaust-Denkmal. Völlig zu Recht haben wir in den 90er-Jahren noch unter Helmut Kohl Tausende jüdischer Kontingentflüchtlinge nach Deutschland geholt und mit besonderen positiven Integrationsleistungen unterstützt.

Meine Damen und Herren, inzwischen gibt es aber auch ein Denkmal für die ermordeten 500 000 Roma und Sinti in der NS-Zeit. Es gibt ein erschütterndes Buch mit dem Titel „Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung in Köln“. Dieses Buch ist erschienen in der Schriftenreihe des städtischen NS-Dokumentationszentrums. Gedenkaktivitäten müssen aber immer auch Taten folgen. Das haben wir gerade in dieser Stadt mit der erfolgreichen Integration von Roma-Familien seit Beginn der 90er-Jahre geschafft, und das müssen wir wieder schaffen mit den Roma-Familien, die derzeit aus Bulgarien und Rumänien zu uns nach Köln kommen.

Es ist schon gesagt worden: Dies können wir nicht allein aus eigener Kraft schaffen. Hier brauchen wir ein Sofortprogramm der Bundesregierung, einer bisher - das muss man leider sagen - eklatant passiven Bundesregierung,

(Beifall bei Michael Paetzold [SPD] -
Zurufe von der FDP)

- hören Sie sich doch erst mal an, worin die Passivität besteht! -, einer Bundesregierung, die auf eine EU-Anfrage 2011 geantwortet hat, dass es in Deutschland keines Nationalen Aktionsplans für Roma bedarf, -

(Anhaltende Zurufe von der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie Herrn Helling bitte weiter sprechen.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): - einer Bundesregierung, die nicht bereit ist, den aktuellen, von der EU aufgelegten 2,5 Milliarden Euro Hilfsfonds abzurufen, um die Kommunen, in die Bulgaren und Rumänen einwandern, zu unterstützen. Es gibt in diesem Zusammenhang eine Initiative der Städte Köln, Dortmund und Duisburg, die Mittel aus diesem Hilfsfonds dennoch einfordern und die Bundesregierung dringend auffordern, diese Gelder zu mobilisieren. Dieses Sofortprogramm, das wir brauchen von der Bundesregierung, ist der Kernpunkt unserer Resolution.

Wie schwierig die Situation in Köln ist, wie dramatisch Einwanderer aus dem Raster unserer Sozialsysteme herausfallen, sei an dem Beispiel einer Roma-Familie aus Rumänien gezeigt. Ein Rumäne hat eine Deutsche geheiratet. Er lebt mit Frau und Baby in einer kleinen Wohnung in Köln. Er hat einen Minijob und bezieht als ergänzende Hilfe Hartz IV. Seine später nachgekommenen drei Geschwister leben für 400 Euro ohne Mietvertrag mit ihren Partnern und drei Kindern in einem Zimmer. Zwei schulpflichtige Kinder gehen nicht zur Schule. Die auch hier lebende Mutter ist psychisch krank. Außer dem Mann hat keiner von ihnen ein regelmäßiges Einkommen, keine Krankenversicherung, null Perspektive. Natürlich gibt es unter den fast 10 000 Menschen bulgarischer und rumänischer Herkunft in Köln nicht nur Roma. Natürlich gibt es auch qualifizierte Facharbeiter und Akademiker mit ausreichendem Sozialversicherungsschutz. Aber

es gibt eben auch Hunderte, Tausende von Menschen wie in diesem Fallbeispiel.

Noch ein abschließendes Wort zur EU-Politik in den Herkunftsländern. In fast allen südosteuropäischen Ländern hat sich die wirtschaftliche Lage ärmerer Bevölkerungsschichten verschlechtert. Die Arm-Reich-Schere klappt auch hier weit auseinander. Fast überall grassiert ethnische Diskriminierung. Es ist die Pflicht der EU - es ist ihre verdammt Pflicht, muss man fast sagen -, diese Zustände nicht nur zu beklagen - das macht sie - und diverse wirtschaftliche Hilfspakete zu schnüren; es ist die unbedingte Pflicht der EU-Gremien, massiver auf die dortigen Regierungen einzuwirken und zu kontrollieren, dass Hilfen auch bei den unmittelbar betroffenen Menschen in diesen Ländern ankommen. Erst dies würde dazu führen, dass Menschen aus diesen Ländern tatsächlich frei entscheiden können, ob sie in andere Länder migrieren wollen. Auch dieser Gesichtspunkt wird in der jetzt vorgelegten Resolution gewürdigt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Helling, würden Sie bitte noch einen Augenblick da bleiben? Ich habe eine Frage an Sie.

Herr Helling, wir haben diese Resolution, deren Text ja vorliegt, hier gemeinsam eingebracht. Wir haben auch die Änderungen beraten und hier gemeinsam eingebracht. Die FDP hat befürchtet, was jetzt eingetreten ist, nämlich dass Sie hier eine Ideologisierung in das Thema hereinbringen,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der
FDP)

dass Sie uns hier in nicht abgesprochener Weise mit in Haftung nehmen für Aussagen, zu denen wir überhaupt nicht stehen. Ich danke ausdrücklich Herrn Paetzold, der diese Linie nicht verlassen hat, sondern hier sachlich zum Thema gesprochen hat. Ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie bei solch gemeinsamen Anträgen uns nicht in Geiselhaft nehmen, um die Bundesregierung und alle möglichen anderen ideologisch angreifen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Granitzka, Sie sind lange im Rat; ich bin auch lange im Rat. Sie wissen ganz genau, dass es häufig zwischen den Interessen der Kommunen und den Interessen der Länder oder den Interessen des Bundes viele unterschiedliche Positionen gibt, und Sie wissen auch, dass das Nennen dieser unterschiedlichen Positionen und auch das Kritisieren von Bundes- und Landesbehörden wie auch von Bundes- und Landesregierungen keineswegs polemisches Ideologieren ist,

(Zurufe von der FDP: Ach nein!)

sondern dass es dabei immer darum geht, für die Kommune selber die entscheidenden Fortschritte zu erzielen.

Ich habe hier nicht ideologisiert, sondern zwei Beispiele genannt, nämlich zum einen, dass die Bundesregierung

(Winrich Granitzka [CDU]: Die Bundesregierung hat genau die gleichen Interessen, nämlich dass die Menschen dort anständig behandelt werden!)

der EU - ich wiederhole es noch einmal - mitgeteilt hat, es gebe keine Roma-Probleme in Deutschland und deshalb müsse kein Sonderprogramm aufgelegt werden; das war im Jahr 2011. Das ist doch keine ideologische Polemik, sondern die Wahrheit. Das muss doch im kommunalen Interesse benannt werden können.

Das Zweite ist, dass es jetzt einen Hilfsfonds gibt, die Bundesregierung aber derzeit keine Aktivitäten zeigt, diesen Hilfsfonds für die Kommunen in Deutschland zu mobilisieren. Hier geht es doch nicht um parteitaktische Auseinandersetzungen.

(Zurufe von der FDP)

Hier geht es deutlich um die Wahrnehmung von Interessen für Menschen, die nach Köln gekommen sind und dringend alle Hilfen der Bundesregierung und der EU brauchen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Helling. - Als Nächste Frau Wolter, bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir von der Fraktion pro Köln nehmen mit erstauntem Interesse zur Kenntnis, dass einige von Ihnen plötzlich Probleme benennen, die man bis vor kurzem nicht ansprechen durfte, ohne als Rassist oder Ausländerfeind beschimpft zu werden. Die Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme von Armutsflüchtlings aus Osteuropa, bei denen es sich zumeist um Roma handelt, gehört dazu. Wir haben den Verdacht, dass Ihre Einsicht auch mit unserer Existenz und Ihrer Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen an pro Köln zu tun haben könnte.

(Beifall bei pro Köln)

Aber das soll uns nur recht sein. Hauptsache ist, dass man die Probleme endlich offen diskutiert. Das ist der erste Schritt zur Lösung, meine Damen und Herren.

Ihrer ursprünglichen Resolution hätten wir ohne Bedenken zustimmen können. Sie wollten an die Bundesregierung appellieren, auf deutscher und europäischer Ebene Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese Migration deutlich reduzieren. Das hört sich sehr gut an. Wenn die Bundesregierung unserem Appell gefolgt wäre und tatsächlich bewirkt hätte, dass sich diese Migration reduziert, wäre das auf jeden Fall im Interesse der Kölner Bürger.

Ich komme an dieser Stelle nicht umhin, zu erwähnen, dass die Parteien der antragstellenden Fraktionen an den Rahmenbedingungen für diese Einwanderung, nämlich an der EU-Osterweiterung, nicht ganz unbeteiligt sind.

(Beifall bei pro Köln - Zuruf von pro Köln: Das stimmt!)

Warum haben Sie denn damals nicht über die Folgen nachgedacht, liebe Vertreter der etablierten Parteien? Warum appellieren Sie nicht innerhalb Ihrer Parteien an die entsprechenden Vertreter, hieran etwas zu ändern? Sie tun bei Ihren Resolutionen immer so, als hätten Sie mit den Politikern in Land und Bund nichts zu tun. Ansonsten müssten Sie ja auch zugeben, dass es Ihre Parteien waren, die die entsprechenden Fehlentscheidungen getroffen haben. Das ist natürlich vollkommen

ausgeschlossen; denn dann müsste man zugeben, dass die politische Konkurrenz vielleicht zu Recht vor einer Erweiterung der EU gewarnt hat.

(Beifall bei pro Köln)

In der Debatte hier fallen Sie zudem wieder in alte Denkmuster der Political Correctness zurück. Dies zeigt schon der Umstand, dass Sie Ihre eigene Resolution auf öffentlichen Druck hin komplett umgeschrieben haben. Rückgrat ist etwas anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

Das beweist heute allein die FDP-Fraktion.

Aber wir werden auch dieser neuen, aufgeweichten Resolution zustimmen; denn sie ist immerhin besser als nichts. Natürlich haben Sie auch recht damit, dass eine Verbesserung der Bedingungen in den Herkunftsländern eine Reduzierung der Armutsmigration bewirken wird. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Kollege Börschel, der bezeichnenderweise gerade jetzt nicht im Saal ist,

(Ulrich Breite [FDP]: Der weiß, warum!)

meint - ich spreche jetzt Herrn Börschel an, Frau dos Santos -,

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Wie habe ich das denn jetzt zu verstehen?)

dass die Kölner Jusos, Teile der SPD-Ratsfraktion, der Rom e.V., der Kölner Flüchtlingsrat und die Ratsmitglieder von Deine Freunde und von der Linken Ihren Ursprungsantrag bewusst missverstanden haben. Mit den Worten „bewusst missverstanden“ wird Herr Börschel im *Kölner Stadt-Anzeiger* zitiert. Wer öffentlich die Reduzierung der Migration einfordert, weil sonst die soziale Balance gefährdet ist, hat meines Erachtens eine klare Aussage getroffen, und die ist nicht human, nicht sozial und nicht

demokratisch, sondern die ist schlicht und ergreifend repressiv.

(Beifall bei der Linken)

Viele Leute haben das nicht missverstanden. Es hätte Herrn Börschel gut angestanden, sich zu entschuldigen, so wie es gerade Herr Helling getan hat, und zu sagen: „Wir haben einen Fehler gemacht.“, statt - wie auch Sie jetzt, Herr Paetzold - den Fehler bei anderen zu suchen. Das muss ich Ihnen noch sagen: Sie haben sich nicht entschuldigt, Herr Helling hat es gemacht.

Ich glaube, Rot-Grün hat sich völlig verschätzt, als sie meinten, unbedingt mit Schwarz-Gelb kollaborieren zu müssen.

(Lachen bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] - Zurufe: Oh!)

Das haben wir ja gerade gesehen.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Doch: „Kollaborieren“ ist der richtige Ausdruck dafür. Sie haben ja gesehen, wie die CDU auf die Rede von Herrn Helling gerade reagiert hat.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wer letzte Woche die Sendung *Monitor* gesehen hat: Es ist beschämend, wie diese Diskussion in der Bundesrepublik geführt wird. Dort wurden Sprüche vom Bundesinnenminister gebracht, die allesamt auf Stammtischniveau der 70er-Jahre waren. Wer diese Sendung gesehen hat, hätte eigentlich klar wissen müssen, was die CDU und was insbesondere die CSU - da muss ich Herrn Granitzka verteidigen - vorhat.

(Winrich Granitzka [CDU]: Danke, Herr Detjen!)

Damit eines klar ist - ich glaube, viele wissen das gar nicht -: Wir reden hier nicht über Flüchtlinge oder Asylbewerber, sondern wir reden hier über Europa. Wir reden über Roma, die die europäische Staatsbürgerschaft haben. Nur, dass wir das mal klar haben. Ich glaube, viele von Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, haben das immer noch nicht verstanden. Nur so lässt sich erklären, warum sich Rot-Grün auf diese reaktionäre Soße mit dieser Resolution überhaupt eingelassen hat.

(Beifall bei der Linken - Zuruf von der FDP: Die kommt doch von denen!)

Dass Sie versuchen, ein Bündnis mit der Bundesregierung einzugehen, halte ich für völlig

illusionär. Die Positionen der EU sind doch strukturell, zumindest teilweise vernünftiger als die der Bundesregierung.

(Zuruf)

- Ja, natürlich. Herr Martin Schulz zum Beispiel hat in der Öffentlichkeit die Kommunen kritisiert, dass sie Panik machen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie eigentlich, dass Tausende von rumänischen Ärzten in die Bundesrepublik gekommen sind? Wissen Sie, dass der rumänische Ärzteverband eine Entschädigung gefordert hat - meines Erachtens zu Recht -, weil wir rumänisches Know-how hier in unseren Krankenhäusern verbraten? Das ist doch eine Realität, mit der man sich auseinandersetzen muss. Insofern: Diese rumänischen Ärzte sind willkommen. Aber auch die Roma sind in unserer Gesellschaft willkommen. Das muss man doch ganz klar sagen, wenn man will, dass deutlich wird, worüber wir hier reden.

Die Unterbringung der Roma in der Turnhalle in Köln-Deutz fand ich beschämend.

(Zurufe von pro Köln)

Ich war mit dem Kollegen Helling und mit dem Kollegen Walter Schulz vor Ort. Ich glaube, wir waren uns einig: Eine solche menschenfeindliche Unterbringung darf es nie wieder geben. Die Verwaltung hatte sich zwar Mühe gegeben - das ist nicht als Kritik an die Verwaltung aufzufassen -, trotzdem waren die Zustände vor Ort katastrophal. Welche Bemühungen laufen denn jetzt vonseiten der Verwaltung und vonseiten der Stadt, entsprechend Vorsorge zu treffen? Gar keine.

Liebe Damen und Herren, vor zwei Tagen hat sich Professor Bukow von der Universität Siegen - er lebt in Köln - an uns gewandt und gesagt, wir hätten völlig recht mit der Ablehnung dieser Resolution. Professor Bukow hat das Handlungskonzept „Zuwanderung aus Südeuropa“ entwickelt, und zwar am Beispiel der Städte Duisburg und Dortmund. Dieses Konzept liegt vor. Damit sollte man sich auseinandersetzen. Er kritisiert darin, dass sich die Kommunen mit dem Problem inhaltlich nicht auseinandersetzen und gar nicht erst versuchen, eigenständig Konzepte zu entwickeln, sondern einfach nur Geld einfordern. Das kann aber nicht der Lösungsweg sein; das kann man auch machen. Vielmehr ist die Politik aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie man diese Menschen

würdig unterbringt und in der Gesellschaft fair behandelt. Das ist der entscheidende Punkt.

Die öffentliche Meinung zu dieser Problematik verändert sich gerade etwas. Auch deswegen haben viele Leute auf die Ursprungsresolution sehr allergisch reagiert, wobei auch die Neufassung nicht viel besser zu sein scheint. Das muss man doch einfach mal feststellen. Das ist der entscheidende Punkt.

Wir sind allen Akteuren dankbar, die sich bemüht haben, eine vernünftige und sachliche Kritik an diesem Antrag zu entwickeln und zu sagen: Wir müssen in der Stadtgesellschaft eine Willkommenskultur aufbauen, damit diese Leute ordentlich behandelt werden, und zwar von allen Einrichtungen der Stadt, seien es die Stadtwerke, die Stadtverwaltung, die sozialen Träger oder wer auch immer. Das müssen wir einfordern, und das müssen wir praktizieren. Deswegen ist es unmöglich, solche Formulierungen zu entwickeln, wie sie in Ihrem Antrag stehen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben noch zwei weitere Wortmeldungen, eine von Herrn Zimmermann und eine von Herrn Hoffmann. Zunächst Herr Hoffmann, bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen wurde in Rom Franziskus I. in sein Amt eingeführt

(Zurufe: Nur Franziskus!)

- Ich höre gerade: nur Franziskus; da lasse ich mich gerne korrigieren. - Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich betonen: Wir reden hier in erster Linie über Menschen. Bisher wurde nur über irgendwelche geänderten Formulierungen, irgendwelche Regularien - er hat dieses gesagt, er hat jenes gesagt - gesprochen.

Ich als Einzelmandatsträger möchte hier Folgendes sagen: Die Resolution vom 5. März war mir bekannt, ebenso natürlich das, was in der Presse dazu zu lesen war. Die Änderungen wurden mir Laufe des Tages unter der Bürotür durchgeschoben.

(Zurufe: Oh!)

Das kann man bedauerlich finden. Aber ich glaube, diese Resolution, die heute auf den Weg gebracht werden soll - oder sollte ich lieber sagen: auf den Weg gebracht werden sollte? -, hätte eigentlich etwas anderes verdient, nämlich dass wir uns hier gemeinsam, mit Ausnahme einer Fraktion, auf den Weg machen und Signale setzen.

(Michael Paetzold [SPD]: Sie sind ja herzlich eingeladen! - Gegenruf von pro Köln: Sektierer!)

- Das lasse ich mal so im Raum stehen. Man kann sich unter Umständen ändern; das stimmt schon. - Ich habe schon einmal angemahnt, bei Anträgen, die wirklich zukunftsweisend sind, auch die Einzelmandatsträger - ich nehme an, ich spreche da auch für Herrn Zimmermann - mitzunehmen. Wir hätten diese Resolution gerne mit Ihnen zusammen auf den Weg gebracht. - Das nur als Anmerkung vorab.

Wir haben es mit einer Herausforderung zu tun, die nicht erst seit gestern bekannt ist. Es sind in erster Linie wieder einmal die Kommunen, welche die mit der Migration verbundenen Probleme lösen müssen; das ist hier schon angekommen. Aber ein eindringlicher Appell an die Bundesregierung reicht meiner Meinung nach nicht aus. Die Kölner Bundestagsabgeordneten jeglicher politischer Couleur sind in die Pflicht zu nehmen, sich dafür einzusetzen. Sie sind das Bindeglied zwischen ihrem Wahlkreis und dem Parlament, dem sie angehören. Hier ist eine parteiübergreifende Linie zu finden. Dafür ist dieses Thema viel zu ernst.

Abgesehen davon, dass wir als Kommune auf externe Unterstützung drängen müssen, haben wir auch Sorge dafür zu tragen, dass ausreichend Mittel für den Fall, dass es nicht klappt, in unseren Haushalt eingestellt werden, um die im Antrag angesprochenen Probleme angehen zu können. Ein Spitz auf Knopf gerechneter Etat reicht bestimmt nicht aus. Wir brauchen Unterstützung. Für den Fall, dass diese Unterstützung nicht im erhofften Maße erfolgt, müssen wir geplant und angemessen mit den notwendigen personellen und finanziellen Mitteln reagieren können, ohne Gefahr zu laufen, einen Armen entkleiden zu müssen, um einen Nackten anzuziehen.

Ich möchte an dieser Stelle erklären, dass ich mich bei der Abstimmung enthalten werde. Ich habe hier schon die eine oder andere Resolution mit verabschiedet. Aber mit Blick auf das, was

sich hier heute abgespielt hat, weiß ich nicht, ob ich das in der Art und Weise weiter unterstützen kann. Deswegen meine Entscheidung. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Hoffmann. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Es ist aus vielen Gründen manchmal schwierig, in einer solchen Debatte als Letzter zu sprechen, vor allem dann, wenn man vieles hört, mit dem man nicht einverstanden sein kann, und auch dann, wenn eine Debatte in die falsche Richtung geht.

Deshalb möchte ich meine Rede ausnahmsweise mal von hinten anfangen. Sie werden nichts hören zu dem Thema, dass 80 Prozent der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien bei uns in sozialversicherungspflichtigen Jobs arbeiten und damit ihren finanziellen Beitrag in Deutschland entrichten.

Nicht erwähnen kann ich leider auch die durchaus meist positive Medienberichterstattung über das Thema. Sie ist viel sachlicher und präziser, als ich gedacht hätte. Es gibt hervorragende Beiträge - Herr Detjen hat einige zitiert - im Rahmen der Sendung *Monitor*, im *Kölner Stadt-Anzeiger*, im *heute-journal*, auch in der *Kulturzeit*. Die Medien gehen äußerst sachlich mit diesem Thema um; ganz prima.

Sie werden nichts dazu hören - darüber haben wir auch noch nicht wirklich gesprochen -, wie viele Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien hier bei uns im Niedriglohnsektor ausgebeutet werden. Auch dazu bleibt jetzt keine Zeit.

Auch nicht eingehen kann ich auf dieses ewige selbstbesoffene Gesülze von der Weltoffenheit Kölns,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

die hier im Rat jedes Mal aufs Neue doch wieder eingeschränkt und infrage gestellt wird.

Ich kann auch nichts dazu sagen - ich weiß es wirklich nicht -, warum diese Resolution auf den Weg gebracht wurde. Nun gut, sie ist beantragt worden.

Deshalb ein paar Anmerkungen von mir als Mit Antragsteller des Änderungsantrages. Die kommende uneingeschränkte Freizügigkeit innerhalb der EU auch für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien ist eine Errungenschaft im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses, auf die die EU stolz sein kann. Auch wenn sich unser Kontinent nach außen leider allzu oft als „Festung Europa“ präsentiert - man denke nur an Bootsflüchtlinge aus Afrika -, ist der Wegfall der Grenzen innerhalb der Union grundsätzlich begrüßenswert. Mir ist durchaus bewusst, dass Migrationsbewegungen innerhalb Europas in einzelnen Kommunen durchaus auch Probleme verursachen können. Doch es sind nicht die Menschen, die zu uns kommen, die diese Probleme verursachen, sondern es ist die Art, wie wir mit ihnen umgehen.

(Beifall bei der Linken)

Wenn die vier großen Ratsfraktionen in ihrem Resolutionsantrag schreiben, dass bereits jetzt abzusehen sei, dass die Stadtgesellschaft mit der Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Januar 2014 überlastet sein werde, frage ich mich, welches Szenario hier an die Wand gemalt werden soll. Was ist mit Überlastung gemeint? Auch wenn der Begriff leichtsinnig und fahrlässig Schlimmeres suggeriert, sind wohl in erster Linie die zusätzlichen Belastungen für den städtischen Haushalt gemeint. Und das stimmt: Es kann sein, dass die Stadt Köln zusätzliches Geld für Sozialleistungen ausgeben muss. Doch die Menschen, die zu uns kommen, haben einen Rechtsanspruch darauf, und zwar unabhängig davon, ob sie aus Frankreich, den Niederlanden oder Bulgarien kommen.

(Beifall bei der Linken)

Es ist ja gerade eine der großen Errungenschaften im sich vereinigenden Europa, dass nicht mehr unterschieden wird, woher einer kommt und welche Sprache er spricht. Die EU geht sogar noch weiter. Es wird jedem Bürger auch ein Recht auf Schutz vor Diskriminierung zuteil, egal in welchem Land er sich befindet.

So dürfen wir bei möglichen Mehrkosten auch nicht einen Zusammenhang herstellen zwischen Migrationsbewegungen aus bestimmten Ländern und der finanziellen Misere manch einer Kommune. Die Ursache für die Misere kennen Sie alle. Die kommunalen Finanzen müssen neu geordnet werden. Für dieses Problem können Sie nicht zugezogene Einwohner aus Bulgarien oder Rumänien verantwortlich machen.

(Beifall bei der Linken)

Doch ich möchte hier nicht zu stark auf die angeblich nicht zu bewältigende finanzielle Belastung eingehen, da ich denke, dass sie mit gutem Willen auch weiterhin in Griff zu kriegen ist. Ein viel größeres Problem sehe ich in der Gefährdung der sozialen Balance. SPD, CDU, Grüne und FDP schrieben in ihrem ursprünglichen Antrag, die Bundesregierung möge Rahmenbedingungen schaffen, die die Migration deutlich reduzieren, um so die soziale Balance erhalten zu können. - Was für ein - entschuldigen Sie bitte - gefährlicher Schwachsinn!

(Beifall bei der Linken)

Ich bin auch nicht so naiv, dass ich nicht sehen würde, dass der Zuzug auch Probleme mit sich bringt. Doch es sind nicht die Menschen, die zu uns kommen, die die soziale Balance gefährden; es ist die immer noch grassierende Fremdenfeindlichkeit in unserem Land, und es sind vor allem Rechtsextremisten, die diese schüren.

(Beifall bei der Linken sowie Dr. Sabine Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Doch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserer Stadt muss und darf man nicht einfach hinnehmen. Wir können etwas dagegen tun. Fremdenfeindlichkeit hat viele Ursachen. Eine davon ist eine subjektiv empfundene Benachteiligung gegenüber neu zu uns kommenden Menschen. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt gilt es diese Sorgen ernst zu nehmen, wir müssen uns aber dann auch die Mühe zu machen, diese Vorurteile zu entkräften. Um dies leisten zu können, darf es keine weiteren Kürzungen im Sozialbereich geben, schon gar nicht bei Projekten, die Rassismus bekämpfen und sich für interkulturelle Verständigung einsetzen.

(Beifall bei der Linken)

Der nun etwas entschärfte Antrag von SPD, CDU und Grünen - die FDP will erstaunlicherweise bei der unsäglichen Ursprungsfassung bleiben - bleibt leider immer noch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Sie wissen genau, dass Sie mit dieser Resolution nicht wirklich etwas bewegen können. Sie könnten ein Zeichen setzen, tun es aber nicht. Dies bedaure ich angesichts unserer rot-grünen Mehrheit sehr. Warum stoßen Sie hier in eine Richtung wie in den 1990er-Jahren, als mit Parolen wie "Das

Boot ist voll“ das Asylrecht in Deutschland nahezu abgeschafft wurde, anstatt sich schützend vor unsere neuen Einwohner zu stellen und Fremdenfeindlichkeit auch in unserer Stadt zu bekämpfen?

(Beifall bei der Linken)

Ich komme zum Schluss. Unser Antrag, der Antrag von der Linken und Deine Freunde, geht hier viel weiter. Mit unserer Resolution könnten wir wirklich ein Zeichen setzen, das bundesweit Beachtung finden würde: eine Großstadt, die sich uneingeschränkt trotz aller finanziellen Probleme zu einem solidarischen Europa bekennt und ein deutliches Signal gegen Fremdenfeindlichkeit setzt. Dies wäre eine Resolution, über die wir uns zu Recht freuen könnten. Ich bitte Sie daher alle um Unterstützung für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind wir am Ende der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt. Es gibt von Frau dos Santos Herrmann noch den Wunsch auf Abgabe einer persönlichen Bemerkung.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Zimmermann hat gerade in seinem Wortbeitrag gesagt, es komme darauf an, wie man mit den Dingen umgeht. Dem kann ich zustimmen. Es kommt immer darauf an, wie man damit umgeht.

Herr Detjen, lieber Jörg, man kann unterschiedlicher Auffassung ein, was die Richtigkeit der Resolution angeht; einverstanden. Darüber können wir streiten; das haben wir gerade getan. Was ich aber für mich persönlich und auch für meine Fraktion überhaupt nicht akzeptieren kann, ist, gleichgesetzt zu werden mit Kollaborateuren. Das ist ein politisch besetzter Begriff, der eindeutig darauf hinweist, man würde mit Faschisten und Rechtsextremisten zusammenarbeiten. Lieber Jörg, ich stamme aus einem Land, in dem es eine 50-jährige faschistische Diktatur gegeben hat, und ich lasse mir nicht vorwerfen, ich würde kollaborieren mit irgendwelchen Leuten. Es tut mir leid; mit diesem Ausdruck hast du dich, hat sich die Linke außerhalb des demokratischen Spektrums gestellt.

In diesem Jahr feiern wir auch 80 Jahre Rede von Otto Wels im Reichstag. Wer heute der SPD unter anderem vorwirft, sie sei Kollaborateurin, der weiß nicht, was er sagt und stellt sich damit außerhalb jeglicher Debattenkultur in einer Demokratie. Das muss gesagt werden. Ich lasse das nicht auf mir und ich lasse das auch nicht auf der SPD und den anderen demokratischen Parteien sitzen.

(Lebhafter Beifall bei SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau dos Santos.

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 3.1.1.

Wir stimmen zunächst ab über den Änderungsantrag von der Fraktion Die Linke. und Herrn Zimmermann. Wer für diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer Enthält sich? - Enthaltung von Herrn Hoffmann.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der FDP, dem ehemaligen Vierer-Vorschlag. Ich bitte um das Handzeichen, wer - -

(Ralph Sterck [FDP]: Das können Sie nicht machen! Der Änderungsantrag ist immer weitergehend als der Ursprungsantrag!)

- Okay. Wir können es auch umgekehrt machen. Sie haben recht, wir haben ihn eben als Änderungsantrag bezeichnet.

Wir kommen jetzt also zur Abstimmung über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion der CDU. Wer Enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann und von pro Köln ist dieser Antrag so angenommen. Damit erübrigt sich die Abstimmung - -

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!)

- Okay. Dann stimmen wir ab über den Antrag der FDP - -

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!)

